75. Jahrgang. Nr. 594

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 18. Dezember 1930

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 30 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden, Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Explosionskatastrophe in Frankreich

Eine Fabrik in die Luft gesprengt – 40 Opfer

Paris, 18. Dez. In einer chemischen Fabrik in Mancioux bei Saint Gaudens unweit von Toulouse ereignete sich am Mittwochnachmittag eine schwere Explosion, durch die

sämtliche Fabrikgebäude in die Luft gesprengt

wurden. Die Belegschaft der Fabrik, die über 100 Arbeiter beträgt, wurde von dem Unglück überrascht und fast ausnahmslos verschüttet. Einem Teil gelang es, sich selbst aus den Trümmern zu retten. Andere wurden mit schweren Verletzungen geborgen. Ueber 40 Opfer liegen noch unter den Trümmern. Aus allen umliegenden Dörfern eilten Hilfsmannschaften herbei, die zusammen mit der Feuerwehr und Truppen aus Toulouse das Rettungswerk begannen. Zuerst wurden zwölf Verletzte aus dem Durcheinander der Steinmassen und Eisenteile geborgen. Der größte Teil von ihnen hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß man an ihrem Aufkommen zweifelt. Bei Scheinwerfern wurden die Bergungsarbeiten die ganze Nacht hindurch fortgesetzt. Man vermutet, daß das Unglück auf die Explosion eines Aetzmittel enthaltenden großen Kessels zurückzuführen ist.

Bis in die frühen Morgenstunden wurden sieben Tote geborgen. Die Rettungsarbeiten haben sich infolge der herrschenden Dunkelheit sehr schwierig gestaltet und werden wohl den ganzen Vormittag in Anspruch nehmen.

Ein Eisenbahnzug überfährt einen Autobus

Warschau, 18. Dez. Bei Wolkowisk im nördlichen Kongreßpolen überfuhr gestern ein Personenzug einen vollbesetzten Autobus, der gerade den Eisenbahnübergang kreuzen wollte. 17 Personen wurden schwer verletzt, am Aufkommen von fünf Fahrgästen wird gezweifelt. Obwohl die Schranken nicht geschlossen waren, ist der Wagenführer verhaftet worden.

Briand rechtfertigt seine Politik

Paris, 18. Dez. Auf dem Bankett des republikanischen Komitees für Handel und Industrie, das gestern abend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Steeg stattfand, ergriff auch Briand das Wort. Er beglückwünschte sich dazu, daß trotz aller Angriffe gegen ihn er heute eine Rechtfertigung erfahre, die ihn ermutige, die Politik, die er als ehrenhaft für Frankreich und als

nützlich für Frankreichs Interessen

erachte, weiter zu verfolgen. Trotz der lebhaften und oft verleumderischen Angriffe, denen er ausgesetzt werde, sei er sich darüber klar, daß die ungeheure Mehrheit des Landes mit ihm gehe. Frankreich wünsche niemand anzugreifen, es wolle den Frieden. Aber trotz des brennendsten Friedenswunsches müsse man alles tun, damit Frankreich niemals in seiner Existenz bedroht werde. Man müsse das Notwendige unternehmen, damit beispielsweise in der Abrüstungsfrage die ehrlich gewillten Nationen nicht das Opfer der unehrlichen sein würden, damit auch der Völkerbund an moralischer und physischer Kraft zunehme. In diesem Sinne habe er sich stets geäußert. Die erste Bedingung, das Friedenswerk zum guten Ende zu führen, bestehe darin, nicht fortwährend Befürchtungen haben zu müssen und die notwendige Kraft zu besitzen, sich auch Gehör zu verschaffen. In den verschiedenen Ministerien, denen er angehört habe, habe er stets die Aufmerksamkeit auf

die Notwendigkeit einer starken Grenzorganisation

gelenkt und darauf, daß es dem Heer an nichts fehlen dürfe. Man habe nach Sanktionen gefragt. Gewiß gebe es keine Sanktionen, aber immerhin eine moralische Sanktion, und moralische Sanktionen hätten bei den Völkern trotz allem einen Wert.

Weil sie die moralische Kraft außer acht ließen, hätten die Führer eines großen Volkes dieses einem tragischen Schicksal entgegengeführt.

Zum Schluß erklärte Briand: Wissenschaftler und Gelehrte hätten daran gearbeitet, die Menschheit von allen möglichen Krankheiten und Plagen, die man früher als unheilbar angesehen habe, zu befreien. Sollten sich die Völker nicht auch von dieser schrecklichen Pest, dem Krieg, heilen können? Wenn er Zuschriften erhalte, aus denen ihm Haß und Mißgunst entgegenklängen, tröste er sich mit dem Bewußtsein, daß Millionen französischer Mütter sich ihm zuwenden und ihm sagen: Laßt nicht nach, laßt nicht nach! Er werde bis zum letzten Atemzug an seinem Werke arbeiten.

*

Diese Rede mit ihrem geschickten Lavieren zwischen rechts und links ist echtester Briand. Es kam ihm im Moment darauf an, für die heute stattfindende Kammersitzung, in der sich das neue Kabinett vorstellen wird, sich eine möglichst breite Basis zu sichern; daher die Verbeugungen nach rechts, daher die versteckten, aber um so boshafteren Ausfälle gegen Deutschland, die Vorwürfe der Unehrlichkeit und der Nichtachtung moralischer Gesetze. So sanft dann wieder gelegentlich seine Friedensschalmei klingen mag, in diesen unehrlichen Angriffen liegt echt französischer Chauvinismus und Unduldsamkeit, die heute in der Kammer Briand und sein Kabinett über die schwere Stunde hinweghelfen soll, die aber uns erneut lehren muß, daß es auf solcher Basis keine Verständigung gibt.

Der Kampf um die Realsteuern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 18. Dez. Die Deutsche Volkspartei wird, wie verlautet, ihren Antrag auf Kürzung des neuen Etats um weitere 300 Millionen durch einen weiteren Antrag ergänzen, durch den als Stichtag für die Gestaltung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden nicht der 31., sondern der 1. Dezember 1930 vorgeschlagen wird. Die Notverordnung vom 1. Dezember bestimmt bekanntlich, daß mit Wirkung vom 1. April 1931 den Realsteuern der Länder und Gemeinden keine höheren Steuersätze zugrunde gelegt werden dürfen als jene, die bis zum 31. Dezember 1930 rechtswirksam beschlossen oder durch die Aufsichtsbehörde kraft Landesrecht festgesetzt worden sind.

Viele Gemeinden versuchen nun noch, vor dem 31. Dezember 1930 ihre Realsteuern zu erhöhen,

Die kommunalpolitische Zentralstelle der Sozialdemokratischen Partei hat sogar an die sozialdemokratischen Gemeindevertreter die Weisung hinausgehen lassen, eine Erhöhung der Realsteuern vor dem 31. Dezember unter allen Umständen zu beschließen.

was dem Sinn der Notverordnung absolut zuwiderläuft.

Einem solchen Vorgehen will die Deutsche Volkspartei dadurch einen Riegel vorschieben, daß sie in ihrem Antrag den 1. Dezember zum Stichtag macht, so daß alle beschlossenen Erhöhungen der Realsteuern ungültig würden.

In der heutigen Sitzung des Preußischen Landtages stellte Abg. Borck (Dnat.) den gleichen Antrag, der sofortigen Beratung wurde von den Sozialdemokraten widersprochen.

Graf Bernstorff berichtet

Berlin, 18. Dez. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat am Donnerstag früh zusammen und nahm einen ausführlichen Bericht des Botschafters a. D. Grafen Bernstorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen. Reichsaußenminister Dr. Curtius wohnte der Sitzung bei.

Nach dem Bericht des Grafen Bernstorff begann die Aussprache über die Abrüstungsfrage. Als erster sprach der nationalsozialistische Abgeordnete Hierl. Seine Ausführungen riefen den lebhaften Protest der Linken hervor. Die Folge war eine stundenlange Geschäftsordnungsdebatte, die zeitweise stürmische Formen annahm.

Der Ausschuß setzte darauf die sachliche Aussprache fort. Es ist beabsichtigt, eine Mittagspause einzulegen und die Beratungen am Nachmittag zum Abschluß zu bringen.

Das Verbot des Stahlhelmfilms aufgehoben

Berlin, 18. Dez. Die Oberfilmprüfstelle beschäftigte sich heute mit der Beschwerde gegen das Verbot des Films „Der Stahlhelm am Rhein", das vor acht Tagen von einer Kammer der Filmprüfstelle Berlin ausgesprochen worden war. Wie erinnerlich, hatte nicht nur der Stahlhelm, sondern auch der Kammervorsitzende selbst Beschwerde gegen das Verbot erhoben, weil die Kammermehrheit sich über die Gutachten der Sachverständigen, die einheitlich den Film für unbedenklich erklärten, hinweggesetzt hatte. Die Oberfilmprüfstelle hat, wie der Stahlhelm mitteilt, nach kurzer Verhandlung das Verbot dieses Films aufgehoben und im Sinne der Sachverständigengutachten der Vorinstanz den Film für die Vorführung im Deutschen Reiche freigegeben. — Eine für alle nationalen Kreise selbstverständliche und gerechte Entscheidung.

Gesandter Rauscher †

Berlin, 18. Dez. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Rauscher, ist heute nacht in Sankt Blasien, wo er sich zur Heilung seines Leidens aufhielt, im Alter von 46 Jahren gestorben.

Nach dem kürzlich erfolgten Tod des Belgrader Gesandten Dr. Köster war Ulrich Rauscher auf dem Warschauer Posten der Exponent der Sozialdemokratie im diplomatischen Dienst, ohne daß er allerdings auf die Parteizugehörigkeit Wert gelegt oder sie nach außen zur Schau getragen hätte. Der Verstorbene war der Sohn eines Stuttgarter Gymnasial-Professors. Er studierte Jura, war Korpsstudent und betätigte sich früh in der Politik. Nach dem Referendar-Examen ging er in die Journalistik und arbeitete zunächst als Korrespondent für die „Frankfurter Zeitung". Im Kriege war er, damals noch Annexionist, mehrere Jahre hindurch Pressechef beim Deutschen Generalgouvernement in Brüssel. Als solcher machte er die Bekanntschaft Scheidemanns, der ihn unmittelbar nach der Staatsumwälzung als Adlatus nach Berlin berief, wo er bald Ministerialdirektor und Pressechef der Reichsregierung wurde. Ebert fand Gefallen an dem gewandten, eleganten und schlagfertigen Parteigenossen, und so blieb Rauscher in seiner Stellung, bis im Juli 1920 das rein bürgerliche Kabinett Fehrenbach antrat. Da gerade kein anderer Gesandtenposten frei war, wurde Rauscher nach Tiflis geschickt, wo er sich natürlich kaltgestellt und unglücklich fühlte. Eberts Gunst brachte ihn dann 1922 auf den wichtigen Posten nach Warschau.

Dort hat sich Rauscher mit seiner Frau eine ausgezeichnete gesellschaftliche Stellung im diplomatischen Korps und in der polnischen Gesellschaft geschaffen. Aktiv und expansiv war er immer und überall dabei, wo in den feudal-aristokratischen Warschauer Regierungs- und Gesellschaftskreisen gebechert, gepokert, geflirtet und nebenher Politik gemacht wurde. Auch die Gesandtschaftsräte, die Legationsräte und Attachés mußten nach seinem Beispiel immer auf der Tour sein und Fäden spinnen.

Aber den gesellschaftlichen Erfolgen entsprachen keine politischen Taten. Hier auf dem eigentlich politischen Gebiet stand dem Gesandten Rauscher doch seine Parteizugehörigkeit hemmend im Wege. Der Umstand, daß er sich mit polnischen Fürsten und Grafen duzte, hat doch nicht verhindern können, daß er sich von ihnen gründlich einwickeln ließ. Auch seine besten Freunde konnten ihm, als er vor zwei Wochen nach achtjähriger Tätigkeit aus Warschau schied, nicht nachrühmen, daß sein dortiges Wirken ein Erfolg für Deutschland gewesen sei. Im Gegenteil, gerade die letzten Herausforderungen der Polen und ihr Vernichtungsfeldzug gegen das Deutschtum haben bewiesen, daß Rauschers Methoden der Nachgiebigkeit, des Entgegenkommens und der weltmännischen Liebenswürdigkeit fehl am Platze waren. Mit der Neubesetzung des Warschauer Gesandtenpostens ist deshalb auch ein gründlicher Systemwechsel geboten.

*

Rauschers Ableben kommt der weiteren Oeffentlichkeit vollkommen überraschend. Erst vor drei bis vier Wochen haben sich in Warschau die ersten Anzeichen einer Erkrankung bemerkbar gemacht, die mit den Symptomen einer Kehlkopfentzündung auftrat und mit Fieberzuständen verbunden war. Vor etwa zehn Tagen kaum Rauscher deshalb nach Berlin um verschiedene Aerzte zu konsultieren. Er lag hier drei Tage zu Bett und wurde dann von den Aerzten nach St. Blasien im Schwarzwald geschickt. Seine Gattin, die ihn begleitet hatte, verließ auf ärztliches Anraten das Sanatorium nach drei Tagen wieder, da der Patient nicht sprechen und auch mit dem Pflegepersonal nur schriftlich verkehren durfte. Sie wurde vorgestern wegen einer ernsten Verschlimmerung des Zustandes von Warschau wieder abgerufen, da sich die Krankheit als eine Kehlkopf- und Lungentuberkulose akutester Art herausgestellt hatte, die auch keinen operativen Eingriff mehr zuließ. Im Beisein seiner Gattin verschied Ulrich Rauscher heute früh gegen 5 Uhr, ohne sich seines Zustandes bewußt zu werden; er hatte noch eine Stunde zuvor nach Zigaretten verlangt und keine Beschwerden empfunden.

In der heutigen Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes gedachte Staatssekretär von Bülow des Verstorbenen mit herzlichen Worten und würdigte die Verdienste des so früh dahingeschiedenen Diplomaten.

Der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichsaußenminister haben der Gattin des Verstorbenen telegraphisch ihre Teilnahme ausgesprochen.

Auch der Berliner Journalismus ehrte heute das Andenken Dr. Rauschers. Der Vorsitzende der Pressekonferenz, Major a. D. Schweitzer, gedachte in herzlichen Worten des Verstorbenen.